

Liebe Mitglieder, liebe Verbündete,

diese Pressemitteilung von gestern Spätnachmittag und zugleich für alle ein Rückblick zum gestrigen Tage, ferner ein Artikel einer dänisch/deutschen Zeitung mit dem Verweis auf staatl. Zuschüsse, dem nachzurecherchieren sich m. E. lohnen würde.

Herzliche Grüße  
Chris Labouvie

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der BI "Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin" möchte ich einen Rückblick zum heutigen Tag riskieren. Wir haben ein Zeichen gesetzt!

Ab 8.30 Uhr kamen viele Menschen aus allen Richtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Klosterruine Eldena in Greifswald-Wieck und versammelten sich dort zu einem Protestmarsch. Um Punkt 9 Uhr bei Temperaturen etwas über dem Gefrierpunkt zogen mehr als 350 Menschen los in Richtung Erörterungstermin zum geplanten Steinkohlekraftwerk. Sogar Beistand der dänischen Bevölkerung gab es: eine dänische Delegation der Organisation "Levende hav" mit Knut Andersen und seinem Team waren mit ihrem Schiff "MS Anton" 19 Stunden von Dänemark bis hierher in den Wiecker Hafen zu uns gefahren. Sie bereicherten die Demo mit zwei "rollenden" Freiheitsstatuen und so bekamen die Forderungen an die Politik auf deutsch und dänisch : "Lasst Worten beim Klimaschutz endlich Taten folgen!" gar europäischen Charakter.

Viele Banner mit etwa den Aussagen:

Nein zum Kohlekraftwerk Lubmin,  
Wir sind das Volk,  
Alternativen sind machbar, etc.

waren zu sehen und zu hören war die Gruppe Trommler und Trommlerinnen, die ein Lied über die Erde und dem notwendigen Klimaschutz komponierten und damit die Demo auf Trab hielten.

Christa Labouvie, die im Namen aller Mitglieder + "Verbündeten" der Bürgerinitiativen die Kundgebung eröffnete, gab der Landrätin von Rügen, Kerstin Kassner, eine überzeugte Kraftwerksgegnerin, als erster Rednerin das Wort:

Frau Kassner appellierte an Angela Merkel, an Herrn Seidel und an Herrn Ringstorff von diesem unsinnigen Vorhaben abzulassen und rief die Bürger und Bürgerinnen auf, sich weiter vehement gegen das SKW zu wehren.

Herr Hinrich Kuessner, 1998 -2002 Landtagspräsident und durch seine Forderung nach einer Bürgerbefragung in den letzten Tagen bekannt, sprach noch einmal einige Gründe an, die gegen ein Steinkohlekraftwerk am Greifswalder Bodden sprechen. Jürgen Suhr, Chef der Grünen von Mecklenburg-Vorpommern, schloss sich dieser Argumentation an und betonte, dass die Grünen als gesamte Partei bundesweit alle 23 Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerke unterstützen und versicherte den Bürgerinitiativen vor Ort Unterstützung durch die grüne Landesgeschäftsstelle in Schwerin.

Der krönende Abschluss der Kundgebung war die Erklärung der angelandeten Dänen, die die Empörung der dänischen Bevölkerung über die Pläne vom staatseigenen Unternehmen Dong energy kundgab. Erst im November wurde in Dänemark eine neue Regierung gewählt, Klimaschutz war das wichtigste Wahlkampfthema. Die Regierung hat viel versprochen, will Klimaweltmeister wie Deutschland sein und dann erfahren die Dänen erst vor 14 Tagen von den Dong-Plänen und fordern jetzt energisch, dass Dong von seinen Plänen ablässt.

Um 10 Uhr begann der Erörterungstermin, bzw. sollte beginnen, indes die interessierten Bürger und Bürgerinnen passten nicht in den Veranstaltungsraum hinein. Es gab kleine Tumulte, der Versammlungsleiter Herr Stohm wollte beginnen, es gab Proteste, "noch nicht alle drin", mit Verzögerung begann es schließlich.

Herr Peter Kremer, Rechtsanwalt der Verbände WWF, BUND, NABU, den 2 Bürgerinitiativen und weiteren 1.300 Einzelpersonen, beantragte, den Erörterungstermin aus 2 Gründen abzusetzen:

- 1) wegen Befangenheit der Mitarbeiter vom STAUN (s. Wirtschaftsministerium bereitet Anträge für DONG vor!)
- 2) wegen unvollständiger Unterlagen des Antragsstellers

Sollte das STAUN dem oder den Anträgen nicht folgen, so würden alle Einwender und Einwenderinnen am weiteren Verlauf des Erörterungstermins nicht mehr teilnehmen.

"Eine Phantomdebatte wird es nicht geben, auf diesen Grundlagen können und wollen wir keine Erörterung führen, zudem sind die Mitarbeiter vom STAUN befangen, so sie dem Wirtschaftsministerium unterstehen," so Kremer.

Über eine Stunde brauchte die Landesregierung in Schwerin, bis deren Entscheidung durch das STAUN verkündet wurde, dass die 2 Anträge des Anwaltes abgelehnt worden seien.

Alle beteiligten Einwender und Einwenderinnen verließen daraufhin den Raum, um noch einmal deutlich zu machen, dass sie nicht willens sind, unter solchen Voraussetzungen mit Behörden zu erörtern.

" Wir lassen uns nicht vorführen, es gibt noch genügend Erörterungstermine, die wir wahrnehmen werden", versichert Christa Labouvie. Es fand daraufhin noch eine zweite spontane Kundgebung statt, der Anwalt Herr Kremer erläuterte noch einmal die jetzige und die weitere Vorgehensweise. Freudig begrüßt wurde Prof. Dr. Michael Succow, alternativer Nobel-Preisträger, der mit seinem Redebeitrag die Menschen, uns alle, ernsthaft ermahnte, endlich zur Vernunft zu kommen, ansonsten Katastrophen nicht mehr zu verhindern seien. Auf das Schärfste kritisierte er die Landesregierung, für die er als Umweltbotschafter viele Jahre in ganz M-V und weit über die Landesgrenzen hinaus Natur- und Umweltschutz zum Begriff machte.

Nach der Pressekonferenz, zu der die AntragstellerInnen geladen hatten, gab es noch eine Beratung der Verbände, der Bürgerinitiativen und deren Anwalt Peter Kremer.

Fazit: Der öffentliche Druck muss noch viel größer werden.

Durch unseren eindrucksvollen Protestmarsch und unsere konsequente Haltung beim Erörterungstermin haben wir es geschafft:

Wir haben ein Zeichen gesetzt!

Mit freundlichen Grüßen  
Christa Labouvie

### **Der Nordschleswiger**

Skibbroen 4  
6200 Aabenraa  
Tel. +45 74 62 38 80

18.12.2007

Leitartikel: Globale Verantwortung

Seit Monaten haben sich die dänische Regierung und insbesondere die seit der Neuformierung der Regierung als Klima- und Energieministerin tätige Connie Hedegaard (Kons.) den globalen Klimaschutz auf ihre Fahnen geschrieben. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue »Erfolgsmeldungen« auf dem Weg zum prestigeträchtigen Klimagipfel 2009 in Kopenhagen verkündet werden.

Die Ministerin sprach von Erfolgen bei der Bali-Klimakonferenz – und schweren Strecken, die noch zurückzulegen sind. Da mag sie wohl Recht haben – denn trotz einer Bombardierung mit Berichten über die Klima-Gefahren, Klimaretter und Wohltaten von Spitzenpolitikern reibt man sich die Augen, dass es hierzulande wohl auch oft darum geht, die eigene Klimapolitik unabhängig von folgenden Taten erst einmal zu »verkaufen«.

Da sollen von den Bürgern Energiesparbirnen eingeschraubt werden, doch wenn es darum geht, größere Effekte zu erreichen, dann fehlt es in Dänemark meist an effektiven Erleuchtungen. Im Verkehrsbereich gelingt es seit Jahren nicht, z. B. den Bahnverkehr auf europäisches Niveau zu bringen. Grenzüberschreitend boomen weiter Auto- und Flugverkehr. Das gilt im Passagierverkehr wie beim Gütertransport.

Und bei der Vorreiterrolle im Bereich Energiegewinnung und Energieeinspeisung gibt es zwar tolle Beispiele wie das ProjectZero in Sonderburg, wo an interessanten Dingen wie die Nutzung von Wärme aus tieferen Erdschichten gearbeitet wird – aber Bereiche wie die

Gewinnung von Solarstrom auf der Strecke bleiben, weil die Regierung hier seit Jahren auf die Bremse tritt.

**Ein besonders schlimmes Beispiel ist das Agieren im Bereich des bald nur noch zu 51,1 Prozent staatlichen Konzerns DONG-Energy, der in Lubmin bei Greifswald ein riesiges Kohlekraftwerk bauen möchte – vermutlich auch mit beträchtlichen staatlichen deutschen Zuschüssen für den »Aufbau Ost« im strukturschwachen Vorpommern. Die Klima- und Energieministerin erklärte knapp, sie könne aufgrund der privatrechtlichen Struktur von DONG-Energy nicht in deren kommerzielles Projekt dort eingreifen. Ein schwaches Bild, denn das neue Werk wird über zehn Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen und damit dänische Sparziele auf Jahrzehnte aufwiegen.**

Es ist nicht zu glauben, dass es keinen Einfluss auf ein Unternehmen im öffentlichen Besitz gibt, das gerade an einem Standort in Deutschland, wo man ebenfalls Klimaschutzweltmeister sein möchte, auf seit Jahrzehnten bewährte Klimaschutzmaßnahmen wie Fernwärmenutzung verzichtet und angrenzende Nationalparks mit Schadstoffen vergiftet.

*(hee.)*